SAGEN SIE DOCH MAL

«Das ist nicht masslos, das ist keine Explosion», sagt Lukas Engelberger zur Entwicklung der Krankenkassenprämien in den letzten fünf Jahren.

Foto: Mimmo Muscio

«FÜR DIE SPITÄLER KÖNNTE ES STRENG WERDEN»

Sagen Sie doch mal... Unter dieser Rubrik stellen sich Persönlichkeiten aus der Region den Fragen von Regio aktuell. In dieser Ausgabe spricht der Basler Regierungsrat Lukas Engelberger (48) über das gestresste Gesundheitswesen.

Herr Engelberger, wie stark ist Ihre Krankenkassenprämie gestiegen?
Lukas Engelberger: Bis zum Zeitpunkt dieses Gesprächs hat die Krankenkasse die neue Prämie noch nicht mitgeteilt. Wir sind als Familie komfortabel mit mehreren Zusatzversicherungen versichert und zahlen dementsprechend hohe Prämien.

In der Region Basel steigen die Prämien um durchschnittlich sechs Prozent. Ist das für die Bevölkerung verkraftbar?
Für den Mittelstand, der einen grossen Teil der Prämien selber zahlt, ist das eine zusätzliche hohe Belastung. Es lohnt sich zu überlegen, in ein alternatives Modell mit tieferen Prämien zu wechseln, bei dem man zuerst den Hausarzt aufsucht oder Telemedizin in Anspruch nimmt. Das ist sehr sinnvoll: Man bezahlt nicht nur tiefere Prämien, sondern wird auch besser durch das ganze System geführt. Auch mit der Erhöhung der Franchise kann man Prämien sparen. Die Rabatte für solche Modelle hat der Bund meiner Ansicht nach leider zu tief angesetzt.

Was ist der Hauptgrund für die steigenden Prämien?
Dafür müssen wir auf die letzten fünf Jahre zurückblicken. Da hatten wir in Basel-Stadt pro Jahr durchschnittliche Prämienaufschläge von circa 1,5 Prozent. Im letzten und vorletzten Jahr gingen die Prämien sogar teilweise zurück. Dieses Jahr ist der Anstieg höher, unter anderem weil sich die Krankenkassen verrechnet und Geld am Kapitalmarkt verloren haben. Der Hauptgrund insgesamt ist allerdings die Kostensteigerung, die sich aus unserer höheren Lebenserwartung ergibt und der verbesserten Medizin, die uns immer mehr Angebote macht, in einem längeren Leben länger gesund zu bleiben. Dadurch konsumieren wir mehr Leistungen und lösen einen Kostenschub aus.

> *«Die Spitäler stehen finanziell stark unter Druck.»*

Kürzlich schrieb eine Zeitung: «Wir müssen nicht alle 100 werden.»
Diese Frage kann nicht politisch entschieden werden. Ich fände es anmassend, gewisse Behandlungen auf ein Alter zu beschränken. Das wäre eine Rationierung, die ich nicht befürworten kann. Die Medizin kennt ja bereits Vorgaben, welche Behandlungen ab welchem Alter noch sinnvoll sind.

Warum gelingt es der Politik nicht, das Kostenwachstum zu bremsen?
Ich bin nicht einverstanden, dass es gar nicht gelingt. Es gelingt nicht genügend.

SAGEN SIE DOCH MAL

Wie bereits erwähnt hatten wir in den letzten fünf Jahren ein Wachstum von circa 1,5 Prozent: Das ist nicht masslos, das ist keine Explosion. Sehen Sie sich die Kostenentwicklung in anderen Bereichen an, zum Beispiel bei den Mieten oder den Konsumentenpreisen. Aber die Gesellschaft schafft es nicht, einen eigenverantwortlichen, disziplinierten Konsum zu erreichen. Beispielsweise sollte man sich manchmal fragen, ob es wirklich nötig ist, zum Arzt zu gehen.

Was kann die Politik beitragen?
Wir haben bereits einiges gemacht. In der gemeinsamen Spitalplanung mit Baselland sind wir strenger geworden. Wir vergeben weniger Leistungsvereinbarungen und arbeiten mit einem Mengendialog. Sobald wir in gewissen Fächern im schweizweiten Vergleich sehr viele Fälle haben, sprechen wir mit den Leistungserbringern. Wir behalten uns auch vor, zu überprüfen, ob gewisse Indikationen nötig sind.

Man könnte Spitäler schliessen, um das Angebot zu reduzieren.
In Basel-Stadt haben mit dem Gemeindespital Riehen und der Reha Chrischona zwei Spitäler ihren Betrieb eingestellt. Das ist sinnvoll, wenn dadurch das Leistungsangebot kompakter gebündelt wird. Wir sollten uns nicht an den Standorten orientieren, sondern am Angebot. Wie viele Anbieter haben wir für bestimmte Leistungen, wie viel machen diese Anbieter? Gefährlich ist, wenn Häuser zu klein sind und mehr Behandlungen anbieten wollen, um sich finanzieren zu können. Das kann zu einem Volumenwachstum führen, das nicht mehr sinnvoll ist. Wir müssen schauen, dass wir das Angebot kompakt halten.

Im Februar 2019 hat die Stimmbevölkerung die Spitalfusion zwischen Basel-Stadt und Baselland abgelehnt. Hätte so das Kostenwachstum gebremst werden können?
Auf jeden Fall wäre das ein grosser Wurf zur Strukturbereinigung gewesen. Die zweite Abstimmung, gemeinsam planen zu können, wurde angenommen, worüber wir sehr froh sind. Die gemeinsame Spitalliste läuft gut. Ich arbeite sehr gut mit Baselland zusammen und bin mit dem neuen Baselbieter Kollegen Thomi Jourdan im intensiven Austausch. Ich würde es begrüssen, wenn die Zusammenarbeit zwischen Universitätsspital Basel und Kantonsspital Baselland weiter intensiviert werden kann. Eine Spitalfusion nochmal aufzugleisen, wäre hingegen verfrüht. Dazu fehlen auch die Signale aus der Politik.

«Ich bin zuversichtlich, dass wir nächstes Jahr einen milderen Aufschlag haben.»

Einen Unterschied gibt es bei den Subventionen für die Krankenkassenprämien. Da zahlt Basel-Stadt mehr.
In diesem Bereich haben die Kantone sozialpolitischen Spielraum. Basel-Stadt ist diesbezüglich grosszügig. Ich finde gut, dass wir den sozialen Aspekt hoch gewichten.

Sie sind seit mehr als drei Jahren Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK). Macht der Job als oberster Gesundheitsdirektor der Schweiz immer noch Freude?
Ja, ich finde es unmittelbar sinnstiftend, für das Gesundheitswesen tätig zu sein. Ich mache es im politisch übergeordneten Sinn, meine Frau ist als Hausärztin noch direkter für die Patientinnen und Patienten tätig. So ergänzen wir uns wunderbar in dieser schönen Aufgabe.

Als GDK-Präsident standen Sie während der Pandemie schweizweit im Rampenlicht. Machen Sie sich gegenwärtig Sorgen wegen Corona?
Nicht so sehr. Ich vertraue den Fachleuten, die uns sagen, dass wir gegenwärtig noch eine starke Immunität haben. Wir werden wieder steigende Fallzahlen haben, aber längst nicht mehr in einem dramatischen Ausmass. Für die Spitäler könnte es streng werden, vor allem wenn gleichzeitig eine Grippewelle kommt.

ZUR PERSON

Lukas Engelberger (48), Dr. iur. Advokat, LL. M, ist seit 2014 Vorsteher des Gesundheitsdepartementes Basel-Stadt. Der Regierungsrat der Partei «Die Mitte» ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Seit dem 1. Juni 2020 ist er Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK). Sein liebstes Hobby ist seit früher Jugend das Klavierspiel; weitere Freizeitbeschäftigungen sind Tennis und Skifahren.

BuchBasel
Internationales Literaturfestival
17.–19. November 2023

Lassen Sie sich wieder impfen?
Die eidgenössische Kommission für Impffragen hat für diesen Herbst eine Impfempfehlung abgegeben für Personen mit Vorerkrankungen oder über 65-Jährige, deren Impfung oder Infektion mehr als sechs Monate zurückliegt. Dazu gehöre ich zwar nicht. Trotzdem werde ich wieder eine Corona-Impfung machen lassen – so wie ich mich auch jedes Jahr gegen Grippe impfen lasse.

Was tun Sie selber für die Gesundheit?
Mit Velofahren, zu Fuss gehen und Treppensteigen sorge ich für eine vernünftige Bewegung im Alltag. Bewegung, die den Puls hochtreibt, habe ich zu wenig, obwohl ich etwas Tennis spiele und jogge. Für mehr fehlt mir die Zeit.

Foto: Mimmo Muscio

Dem Basler Regierungsrat Lukas Engelberger fehlt die Zeit für mehr Sport: «Bewegung, die den Puls hochtreibt, habe ich zu wenig.»

Für das Felix Platter-Spital (100 Millionen) und das Universitätsspital (300 Millionen) muss Basel-Stadt zweimal Geld einschiessen. Was ist da passiert?
Beim Felix Platter-Spital mussten wir eine Wertberichtigung vornehmen, dadurch entstand ein grosser Verlust. Das ist ärgerlich, war aber unvermeidbar. Beim Unispital ist die Situation anders: Es ist sehr solid finanziert, steht aber vor einer langen Phase der baulichen Erneuerung. Wir sind überzeugt, dass das Unispital die 1,7 Milliarden für den Gesundheitscampus stemmen kann. Für den Fall, dass dies nicht gelingt, schlägt die Regierung dem Parlament vor, dem Unispital ein Darlehen von 300 Millionen als Absicherung zur Verfügung zu stellen. Das ist ehrlich und zukunftsgerichtet. Wir sind auf das Unispital mit einer modernen Infrastruktur angewiesen, ein Teil der Infrastruktur ist aber nicht mehr zeitgemäss und muss deshalb erneuert werden.

In Bern und St. Gallen sind Spitäler in finanzielle Not geraten und mussten Stellen abbauen. Drohen solche Szenarien auch in Basel?
Die Spitäler stehen finanziell stark unter Druck und leiden unter dem Mangel an Fachkräften. Sie müssen betriebliche Abläufe verbessern, um mit der Zeit vielleicht mehr Patientinnen und Patienten mit gleich viel Personal behandeln zu können. Ich bin zuversichtlich, dass dies den Spitälern der Region gelingt.

Ist das Gesundheitswesen krank, also selber ein Patient?
Nein, unser Gesundheitswesen leidet unter Stress, ist aber noch gesund.

Falls wir uns in einem Jahr wieder treffen: Welchen Aufschlag haben wir dann bei den Krankenkassenprämien?
Alles in allem bin ich zuversichtlich, dass wir nächstes Jahr einen milderen Anstieg haben.

Interview: Rolf Zenklusen

«Ihre KMU-Partner aus Muttenz für alle Dienstleistungen im Treuhandbereich sowie in der Wirtschaftsprüfung.»

Ihr Partner für Treuhand, Revision und Versicherungen in der Region Basel

AGEBA GRUPPE

Hofackerstr. 3a
4132 Muttenz
T 041 467 96 66
www.ageba.ch